

Presseinformation

Alexa Lamberz
Pressesprecherin der Fraktion

**DIE LINKE. Fraktion im
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 37
Telefax: 0331 / 966 15 40

pressestelle@
linksfraktion-brandenburg.de

Potsdam, den 15.11.2017

51. Sitzung des Landtages

TOP: Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und Aussprache

Redebeitrag Ralf Christoffers (Es gilt das gesprochene Wort)

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Liebe Brandenburgerinnen,

unsere Debatte heute mag den Eindruck einer Zäsur im politischen Leben unseres Landes erwecken. Das ist vielleicht auch nicht ganz falsch, aber es darf nicht den Blick auf eines verstellen: *Wir stehen unverändert vor der Herausforderung, jetzt und heute unser Land so zu organisieren und zu strukturieren und die Ressourcen so einzuteilen, dass wir auch in zehn, fünfzehn Jahren auf der Höhe der Aufgaben sind.*

Die Verwaltungsstrukturreform - das haben wir immer betont - ist dabei (nur) *einer* der zentralen Handlungsstränge.

Es gibt noch mehr:

- Wir stehen vor der Erneuerung der Gemeinsamen Landesplanung für unsere Region.
- Wir arbeiten an einem zukunftsfähigen Mobilitätskonzept für unser Land.
- Wir werden uns auch gründlich mit der künftigen Kommunalfinanzierung befassen müssen.
- Und es bleibt dabei: Unsere öffentliche Verwaltung muss auch in künftigen Zeiten demografischer Umbrüche und finanzieller Einschnitte handlungsfähig, effizient und bürgernah sein.

Nichts davon ist von der Tagesordnung, nur weil wir auf eine Kreisneugliederung verzichten.

Nichts!

Meine Damen und Herren,
politische Entscheidungen haben den Sinn, der gesellschaftlichen Entwicklung mehrheitlich getragene Optionen für ein gutes und sicheres Leben der Menschen zu öffnen, dafür verlässliche, funktionierende Strukturen und Institutionen sowie ein solides, gerechtes Regelwerk zu schaffen. Gerade in unserer heutigen Debatte sollten wir diesen Ansatz im Zentrum unserer Aufmerksamkeit behalten.

Wir, die rot-rote Koalition, haben aus diesem Ansatz heraus - im Übrigen im gemeinsamen Diskurs aller Fraktionen in der Enquete-Kommission V/2 - eine Verwaltungsstrukturreform entwickelt und umsetzen wollen.

Aus demselben Ansatz heraus haben wir uns entschieden, die Reform in dieser Form zu stoppen. Die *Gründe*, die sie notwendig gemacht haben, und die *Absichten*, die wir daher damit verfolgt haben, bestehen weiter. Aber der *Weg*, auf dem wir uns letztlich alle befunden haben, hat sich als nicht weiter gangbar erwiesen: Was vorlag, fand vor allem bei den kommunalen Akteuren, den Akteuren der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung, keine aktive Mehrheit.

So ist das in der Politik. Aus demselben Ansatz heraus können diametral entgegengesetzte Entscheidungen entspringen. Nicht, weil Regierungen schizophren sind oder Politiker Opportunisten oder weil es immer nur eine Wahrheit gäbe und die jeweilige Opposition in deren Besitz wäre. Nein, das ist so, weil gute Politik auf Ausgleich und Abwägung, auf gesellschaftlicher Mehrheit und nicht allein auf parlamentarischer Überzahl beruht.

Wir wissen das doch alle, auch wenn es in Debatten wie heute viel zu oft überspielt und vergessen gemacht wird.

Worum es heute geht, das sind sicherlich *einerseits* die Absage der Verwaltungsstrukturreform in Gestalt der zurückgezogenen Gesetze und die Gründe dafür. *Andererseits* aber geht es auch weiter - und heute erst recht - um die nächsten Entscheidungen und Weichenstellungen, die der gesellschaftlichen Entwicklung mehrheitlich getragene Optionen für ein gutes und sicheres Leben der Menschen öffnen und dafür verlässliche, funktionierende Strukturen und Institutionen sowie ein solides, gerechtes Regelwerk schaffen.

Ich will mich vor allem dieser Frage widmen.

Meine Damen und Herren,

wir haben in der nächsten Zeit Strukturwandel-Prozesse vielfältiger Art zu bewältigen - oftmals kompakter und dynamischer, als noch vor einigen Jahren gedacht und vorhersehbar: von der Energiewende in der Lausitz bis zum Erhalt und dem Ausbau unserer industriellen Leistungskraft im Zuge der Digitalisierung, von der Modernisierung der Verwaltungen wie der Bildungseinrichtungen nicht nur mit neuen Geräten, sondern auch strukturell und inhaltlich.

Für uns, für DIE LINKE wie für die Koalition, ist dabei eines maßgebend:

“Brandenburgs große Stärke liegt im gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die vielen gesellschaftlich engagierten Menschen, ob in demokratischen Parteien, als verantwortungsbewusste Unternehmer, in Gewerkschaften oder als Betriebsräte, in Kirchen sowie zahllosen Vereinen, Initiativen und Verbänden tragen dazu bei, unser Land Schritt für Schritt zu einer immer lebenswerteren Heimat für alle seine Bürgerinnen und Bürger zu machen. Gemeinsam mit ihnen werden wir Brandenburg weiter voran bringen.” (Koalitionsvertrag 2014)

Das liegt im Interesse aller Beteiligten. Umso wichtiger ist es, die Erfahrungen der letzten Jahre zu bedenken: Wir wissen nun, wie schnell aus einem politischen Klima des Ausgleichs, der Toleranz und des Dialogs ein Klima der Polarisierung, der Vereinseitigung, des Du oder Ich, ein Situation von Blockaden und Bewegungsunfähigkeit entstehen kann. Wir wissen aber auch, dass es ohne all das besser läuft im Land. Beherzigen wir das künftig, meine Damen und Herren!

Etwas anderes wird von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern in ihrer Mehrheit auch nicht goutiert. Sie wissen anscheinend besser als manche hier im Haus, dass in der repräsentativen Demokratie unseres Landes politische Verantwortung auf fünf Jahre übertragen wird - mit einem Grundvertrauen darauf, dass insbesondere die Regierenden im Einklang mit der Gesellschaft agieren. Nur bei groben Verstößen dagegen sind Neuwahlen sinnvoll und notwendig - aber

doch nicht, meine Damen und Herren von der Union, weil eine Regierung aus Verantwortung vor der Gesellschaft ein Vorhaben in einer bestimmten Form zurückzieht! Nehmen Sie doch die Leute und unser politisches System ernst!

Noch einmal also: Wir müssen zu einem offenen, konstruktiven Umgang miteinander zurückfinden. Die Landesregierung hat dafür einen großen Schritt getan.

Verrennen wir uns hingegen landespolitisch weiter, lähmen wir die Gesellschaft und ihr Engagement. Das können dann auch noch so viele immer besser ausgestattete Ehrenamtskarten nicht wettmachen. Aber die Stärkung des Ehrenamtes ist notwendig - nicht nur finanziell, sondern vor allem politisch-kulturell. Das Ehrenamt öffnet und belebt gerade in Zeiten des Umbruchs Räume/Strukturen, die Halt bieten, wo sich Identität hält und bildet. Das jedoch kann nur in einem gedeihlichen politischen Klima gelingen, in dem die Idee des gesellschaftlichen Zusammenhalts und das darauf orientierten fairen politischen Wettbewerbs sowie die Sicherung der Basis und der Infrastruktur der Zivilgesellschaft zentral bleiben. Auch deswegen übrigens halten wir an der im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform zugesagten Förderung von Kunst und Kultur, an der Stärkung der Kreistagsfraktionen und an der Finanzierung von Vereinen fest.

Meine Damen und Herren,

gerade wegen solcher Appelle mag es so aussehen, als seien wir alle um Jahre zurückgeworfen - und als gäbe es keinen Weg, um wieder rechtzeitig Anschluss an die Herausforderungen zu finden. Die Koalition kann nicht erreichen, was sie will - und die Opposition, auch nicht die in Gestalt kommunaler Akteure, will nicht so recht anpacken, was sie tun könnte. Doch die Aufgaben, die - ob man will oder nicht - anstehen, löst man nicht, indem man Blockaden aufrechterhält.

Niemand, meine Damen und Herren, niemand kann jetzt einfach so weitermachen wie bisher.

Niemand kann jetzt einfach so zur Tagesordnung übergehen - welche sollte das auch sein?

Notwendig ist das, was wir heute begonnen haben: die mit der notwendig gewordenen Absage der Kreisgebietsreform entstandene Lage zu diskutieren, zu bewerten und Schlussfolgerungen für die Zukunft abzuleiten. Es ist keine Zeit, den schwarzen Peter hin und her zu schieben. Und es dient dem Land in keiner Weise, wenn Blockaden aufrechterhalten und neue errichtet werden - genauso wenig, wie jetzt überstürzt zur Tagesordnung überzugehen oder überhastet Vorschläge auf den Tisch zu legen. Nein, wir müssen gemeinsam ausloten, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen und wie Handlungsbereitschaft reifen kann. Schließlich wissen wir doch alle, dass bestimmte Notwendigkeiten real bleiben.

Unstrittig ist sowohl im Ergebnis der Enquete-Kommission der vergangenen Legislaturperiode als auch des Diskussionsprozesses in der jetzigen, dass es einen Veränderungsbedarf gibt. Das wurde auch an der Vielzahl von Vorschlägen deutlich, die aus den Kreistagen gekommen sind. Jetzt geht es darum sicherzustellen, dass entsprechende Elemente des Projekts umgesetzt werden können.

Wir werden weiterhin dafür streiten, sich langfristig auf demografische Veränderungen einzustellen. Wir werden weiterhin dafür streiten, Brandenburg in allen Landesteilen lebenswert zu machen - ob im Speckgürtel oder in den ländlichen Regionen. Wir werden weiter dafür streiten, einen solidarischen Ausgleich im Land zu erreichen.

DIE LINKE - wie die Koalition insgesamt - stehen zu unserer politischen Gestaltungsaufgabe - und wir erwarten von allen politischen und kommunalen Akteuren ein ebenso verantwortungsbewusstes Herangehen.

Klar ist: neue Modelle sind notwendig - und sie können nur im Dialog mit den Kreisen, kreisfreien Städten und Kommunen entstehen.

Unsere Fraktion wird demgegenüber aus und in Gesprächen Handlungsmöglichkeiten ausloten und gemeinsam mit dem Koalitionspartner parlamentarisch aktiv werden.

Wir gehen heute einen ersten Schritt in dieser Richtung - mit dem CDU-Antrag, dem SPD, Bündnisgrüne und wir beigetreten sind.

Und ich betone noch einmal: Wir werden ohne Vorbedingungen in die vom Ministerpräsidenten angekündigten Gespräche eintreten, denn gegenseitige Blockaden helfen niemandem. Diese Erwartung habe ich dann natürlich auch an unsere Gesprächspartner.

Meine Damen und Herren,

der Ministerpräsident hat deutlich gemacht: Brandenburg hat gute Voraussetzungen, auch in Zukunft weiter gut voranzukommen. Wir stehen wirtschaftlich vergleichsweise gut da - auch sozial. Dabei reden wir uns nichts schön: Wir freuen uns über die historisch niedrige Arbeitslosenquote und über die Vielzahl neuer, zudem sozialversicherungspflichtiger, Jobs. Wir freuen uns über Verdienstzuwächse. Aber wir wissen auch: Damit ist noch lange nicht der soziale Druck aus dem Alltagsleben vieler Familien raus. Wir wissen, dass viele der neuen Jobs keine Vollzeitstellen sind. Wir wissen, dass es vor allem die Frauen im Land sind, die für weniger gut bezahlte und nur auf Teilzeit begrenzte Jobs aus dem Haus gehen und zudem oft noch lange Wege in Kauf nehmen müssen. Wir wissen, dass noch viel für Mobilität und Daseinsvorsorge, für Kultur und Bildung zu tun bleibt - und dass immer wieder neue Aufgaben entstehen.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hat deutlich gemacht, dass wir neben der Verwaltungsstrukturreform, die in der Öffentlichkeit den Blick auf vieles verstellte hatte, immer auch die Entwicklung des Landes in aller Breite vor Augen hatten und haben.

Ich will auf vier Schwerpunkte, die den LINKEN besonders wichtig sind, in diesem Zusammenhang besonders hinweisen:

1. Wenn wir Brandenburg eine gute Zukunft ermöglichen wollen, dann betrifft das in erster Linie das Leben unserer **Kinder** (bzw. Enkel) - und zwar schon von heute an. Wer keine gute Kindheit hat, wer Spielen, Lernen und Geselligkeit nur eingeschränkt erleben und genießen kann, der leidet auch in späteren Jahren daran. Wir haben in diesem Sinne schon sehr viel getan: bessere Ausstattung der Kitas, der Schulen, Schüler-Bafög, die Entlastung bei den Kita-Gebühren wird kommen, damit Kita für alle erschwinglich ist. Und wir werden hier nicht anfangen, auf der Stelle zu treten. Es geht Brandenburg derzeit gut - und es gibt im Land eine hohe Bereitschaft zur sozialen Verantwortung, zum solidarischen Miteinander. Darauf wollen und werden wir aufbauen: Kindheit in Brandenburg - das kann und wird für alle Kinder, die hier leben, eine schöne, eine positiv prägende Zeit sein!

Wir wissen aber auch, dass sozialer Stress und Kinderarmut nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen sind - schon gar nicht allein landespolitisch. Aber wir ringen um eine Trendwende im Land: Nicht mehr, sondern weniger sozialer Stress und Kinderarmut! Uns geht es nicht um die Produktion von statistischen Erfolgsmeldungen, sondern um ein politisches Ziel, dem DIE LINKE verpflichtet ist, für das sie sich den Menschen im Land gegenüber in die Pflicht begeben hat. Es geht uns um die Frage der sozialen Sicherheit, auch und gerade in Zeiten von Globalisierung und Strukturumbrüchen. Wir wollen, dass Leben in Brandenburg Leben in Zuversicht und Zukunftsgewissheit ist!

2. Wenn wir das, was wir wirtschaftlich und sozial erreicht haben, erhalten und zugunsten aller weiter entfalten wollen, dann müssen wir auf zweierlei achten: Einerseits dürfen wir nicht von unvorhergesehenen Entwicklungen überrollt und zurückgeworfen werden - andererseits müssen wir bei neuen Entwicklungen Anschluss halten, das Niveau mitbestimmen und daraus Chancen für unser Land ableiten. Ob Energiewende, ob Verkehrswende, ob eGovernment oder Bildungseinrichtungen - jeder kann sehen: auch unser Land steht vor einem erneuten großen Strukturwandel. Für viele Menschen ist das ein nachvollziehbarer Anlass zur Furcht. Aber, meine Damen und Herren, dieser Anlass ist vorhanden und eben auch nachvollziehbar, weil die aktuellen technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungsschübe in der

Politik eine viel zu geringe Rolle spielen, weil die Politik sozial- und gesellschaftspolitisch durchaus noch nicht auf der Höhe der Herausforderungen ist, weil sie oftmals zu selbstgefällig, zu unwissend, zu sehr mit sich selbst beschäftigt ist. Die derzeit laufenden Jamaica-Sondierungen sind leider ein sehr deutliches Beispiel dafür.

Meine Damen und Herren, wenn wir aber den Menschen diese Furcht nicht nehmen können - und zwar in der Tat, durch einen entsprechenden politischen Ansatz -, dann werden Populisten weiter erstarken und die Probleme gleichzeitig ungelöst bleiben.

Bevor wir aber über Details und Zielsetzungen im Strukturwandel reden, müssen wir uns über eines klar werden: Wer hier erfolgreich handeln will und für Brandenburg etwas erreichen will, braucht eine neue Art demokratischer Politik. Die Debatte um die Verwaltungsstrukturreform hat ein weiteres Mal deutlich gemacht: Beteiligungsprozesse und Kommunikation müssen heute auf neue Art gestaltet werden, damit man Mehrheiten für politische Anliegen erreichen kann. Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass sich Interessen und Einwände mit einer Absolutheit des Anspruches artikulieren, die einen Dialog sehr schwer machen. Deswegen geht es um eine *neue Beteiligungspolitik, die Wege zur Abwägung öffnet, die Ausgleich ermöglicht* - und zwar *bevor* Entscheidungen fallen. Gelingen uns das nicht, würden die Zugänge zum politischen Prozess vermauert und letztlich wieder nur Frust erzeugt. Das betrifft alle gesellschaftlichen relevanten Entscheidungsprozesse - dabei gibt es gute und schlechte Ergebnisse. Wir als rot-rote Koalition wollen an diese Erfahrungen anknüpfen, aus ihnen lernen und letztlich gelingende Beteiligungsprozesse schaffen. Dann werden wir auch schaffen, was jetzt vor uns liegt.

3. Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Umbrüche in denen wir bereits stecken und die noch vor uns liegen, gibt aus unserer Sicht eine zentrale Schlussfolgerung: wir werden unseren **sozial fundierten Modernisierungskurs** konsequent nicht nur weiterentwickeln, sondern *forcieren* - wirtschaftlich und technologisch, in Infrastruktur und Mobilität, in Bildung und Verwaltung.

Die *Digitalisierung* wollen wir dabei in erster Linie nutzbar machen, nicht draußen vor der Tür halten. Das geht auch gar nicht. Die Digitalisierung ist da - aber sie ist nicht nur technische oder technologische Frage, sondern eine *soziale Herausforderung*. Nicht nur Arbeitsabläufe ändern sich, sondern auch Beziehungen der Menschen untereinander. Ihre Arbeitsteilung, ihre Kommunikation, Freizeit und Alltag, gesellschaftliches Engagement und private Vernetzung, Informationsaufnahme und -weitergabe.

Der öffentliche Zugang zu Entscheidungen der Öffentlichen Hand erweitert sich - Transparenz von Verwaltungsprozessen nimmt zu, der Einfluss der scheinbar nur "Verwalteten" auch, das Tempo nimmt zu, Ausgabe, Ausfertigen und Übergabe von Formularen und Anträgen ist nicht mehr ein Machtverhältnis, sondern kann ein Vorgang auf partnerschaftlicher Basis werden.

Die Technik eröffnet den Menschen die Chance für eine menschenwürdigere Stellung in der Produktion - auch geringer Gebildete können mit ihrer Hilfe kompliziertere Prozesse beherrschen oder für ihre Arbeit nutzbar machen. Wir wollen (und müssen) auf dieser Basis Industrieland bleiben. Die Chancen dafür stehen gut - ich erinnere nur an Firmen wie SAP, Rolls Royce, die Eisengießerei Ortrand, an den Medienstandort Potsdam und an die jüngsten Nachrichten von dort.

Freilich fliegt uns das nicht zu. Aus keiner gesellschaftlichen, technischen oder wirtschaftlichen Entwicklung entsteht das Gute von allein - und es entsteht zunächst auch nicht allein Gutes daraus. Und hier beginnt die Aufgabe von Politik. Auf sie kommt es an, auf ihre Fähigkeit zur ausgewogener Unterstützung einerseits und Begrenzung andererseits, auf soziale Regulierung, auf umfassende und zeitgemäße Bildung, zur Entwicklung der kulturellen Basis, von Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Der kürzlich vom MASGF abgehaltene Fachkongress hat davon vieles thematisiert. Vor allem aber hat er eines gezeigt: In dieser Phase von komplexen Umbrüchen in allen Lebensbereichen gibt es keine immerwährenden Weisheiten und keine segensreichen Entscheidungen von Ewigkeit. Bestenfalls Zeiträume von bis zu sechs Jahren im Voraus sind tatsächlich noch überschaubar. Das heißt: Ohne ein ständiges Monitoring kann Politik gar nicht mehr arbeiten. Evaluierung von Wirtschaftsförderung, Bildungspolitik, Verwaltung etc. werden kontinuierlich die politische Arbeit prägen. Je eher, desto besser.

4. Über Verwaltung ist heute nun schon viel geredet worden - auch ich habe es getan. Eben erst wieder. Aber es sei noch einmal betont: Ohne eine moderne Verwaltung - und das heißt: ohne **Veränderungen in Verwaltungsorganisation, -aufbau und -abläufen** - wird es nicht gehen. Und zwar sowohl wegen der demografischen und finanziellen Veränderungen im Land als auch wegen der technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen, über die ich eben gesprochen habe.

Und, meine Damen und Herren vor allem von Opposition rechter Hand hier im Saal, da es um sehr komplexe und ernsthafte Herausforderungen geht, will ich noch eines klar betonen: Wir reden hier gesellschaftspolitisch über Dinge, deren Dimension und Bedeutung für das Land weit über die Frage von pro oder contra Kreisneugliederung hinaus reichen. Wenn das alles wieder mit derselben Kurzsichtigkeit und Selbstgefälligkeit, mit derselben Lust an der Blockade und der Verteufelung begleitet oder angepackt wird wie das Thema Verwaltungsstrukturreform, dann kann man nur sagen: schade um Brandenburg!

5. Wir haben gerade eine Bundestagswahl hinter uns, meine Damen und Herren. Das war wohl eine der lehrreichsten Wahlen der jüngeren deutschen Geschichte. Dazu bereits viel Kluges, aber auch manch Kurzgeschlossenes gesagt und geschrieben worden. Zu dem eher kurzschlüssigen Diskurs gehört vieles, was über **Ostdeutschland** zu hören und zu lesen ist. Ich finde es daher sehr gut, dass wir uns damit gesondert in einer Aktuellen Stunde befassen werden. Ich will dem auch gar nicht vorgreifen. Nur so viel: Die grundsätzlichen Lehren, die aus der Bundestagswahl zu ziehen sind, betreffen nicht allein Ostdeutschland, sondern die gesamte Bundesrepublik. Und sie korrespondieren mit Entwicklungen in fast allen modernen westlichen Ländern.

Das heißt aber im Umkehrschluss auch: Wer mit besonderen Zuspitzungen von sozialen, politischen, kulturellen und ökonomischen Problemen im Osten fertig werden will, der muss diese grundsätzlichen Probleme ins Zentrum seiner Anstrengungen rücken, sonst überrollen sie uns erst recht und besonders heftig.

Ein großer Teil der aktuellen Debatte zu Ostdeutschland aber befasst sich mit Fragen, die eigentlich schon in den 90er Jahren hätten gelöst werden müssen (und können) - die aber real wie mental den Blick auf die tieferen Herausforderungen verstellen. Das ist kein Plädoyer dafür, sie zu verdrängen - im Gegenteil: Jetzt ist es höchste Zeit, sie zu anzupacken! Im Einzelnen dazu morgen. Lassen Sie uns diese Landtagssitzung in dieser Hinsicht zu einem Brückenpfeiler machen - zu einem Brückenpfeiler zwischen der herausgehobenen Rolle als "Stimme des Ostens", die unser Land einmal hatte, und zu dem Motor für Ostdeutschland, der wir in viel stärkerem Maße werden wollen und müssen, als wir es im Moment sind.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.